



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01053**
Datum: 03.03.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric;
Dr. Burkert, Silke

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.03.2020	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	09.06.2020	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	11.06.2020	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	23.06.2020	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.06.2020	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den neuen Verwaltungsstandort in Halle-Neustadt „Scheibe A“ ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll sein, die Nutzung des Motorisierten Individualverkehrs auf dem Weg zur und von der Arbeit und im Dienst sowie die Neuerrichtung von PKW-Stellplätzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr Anreize dafür zu setzen, für Arbeits- und Dienstwege den Öffentlichen Personennahverkehr und/oder das Fahrrad zu nutzen.

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Dr. Silke Burkert
Umwelt- und ordnungspolitische Sprecherin
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Begründung:

Nach der Sanierung der Scheibe A in Halle-Neustadt sollen künftig rund 450 Arbeitsplätze der Stadtverwaltung aus verschiedenen Verwaltungsstandorten zentral am neuen Verwaltungsstandort untergebracht werden. Damit verlagern sich innerhalb der Stadt in nicht unerheblichem Maß Verkehrsströme. Die Stadt sollte deshalb frühzeitig Überlegungen anstellen, welche Anreize gesetzt werden können, damit der Kfz-Verkehr auf ein Minimum beschränkt wird und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung von vornherein verstärkt die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs oder das Fahrrad nutzen. Neben der Optimierung der Radanbindung des neuen Verwaltungsstandortes kann dies die Ausweitung des „Jobtickets“ (z.B. in Verbindung mit der Parkraumbewirtschaftung/Park&Ride-Plätzen) ebenso sein wie der Ausbau einer Radroute entlang der Fernwärmetrasse zum Böllberger Weg oder auch die Koordination der Bildung von Fahrgemeinschaften per Internetplattform.